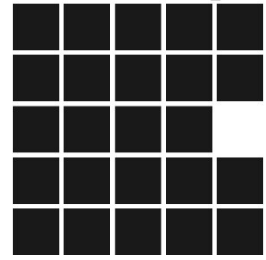


Stadt Erlangen



Pandemie – Klimakrise - Demokratie

Jahresschlussrede 2020
von Oberbürgermeister Dr. Florian Janik
16. Dezember 2020

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

zu Beginn des Jahresrückblicks gedenken wir auch in diesem Jahr der Menschen, die im vergangenen Jahr verstorben sind. [Ich möchte Sie deshalb bitten, sich von den Plätzen zu erheben.]

Aus dem Kreis der ehemaligen Stadtratsmitglieder denken wir an Willi Götz, der unserer Stadt zunächst lange Jahre als berufsmäßiger Stadtrat als Referent für die zentrale Verwaltung diente und von 1990 bis 1996 diesem Gremium ehrenamtlich angehörte. Wir erinnern an die langjährige Vorsitzende des Seniorenbeirats, Jutta Helm, und trauern um unseren allseits geschätzten Kollegen Fred Milzarek.

Auch aus dem Kreis der ehemaligen und aktiven Mitarbeiter*innen haben wir Verluste zu beklagen. Stellvertretend nenne ich hier diejenigen, die noch im Dienst der Stadt standen: Von uns gegangen sind Robert Bretting, Mitarbeiter des Tiefbauamts und Personalrat, Ulrich Berger, Mitarbeiter Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung, und Bernd Gräbel, Mitarbeiter des Sozialamtes.

Aus dem Kreis der verdienten Persönlichkeiten aus der Stadtgesellschaft nenne ich an dieser Stelle Bernd Nürnberger, Träger der Bürgermedaille, der als Liebhaber seiner Heimat,

Stadtforscher, streitbarer Kämpfer für den Denkmalschutz und großzügiger Spender und Förderer von Kunst und Kultur in unserer Stadt stets in unserer Erinnerung bleiben wird.

Den Genannten gilt, ebenso wie allen Verstorbenen aus Stadtgesellschaft und -verwaltung, unser ehrendes Andenken.

Anrede,

„Erlangen steht gut da“ – mit diesen Worten habe ich die Jahresschlussrede 2019 begonnen. Und auch dieses Jahr gäbe es viele Gründe, wieder mit diesen Worten zu beginnen. Denn anders als in vielen anderen Kommunen, schlägt die Corona-Krise bislang noch nicht in großem Umfang auf unseren Haushalt durch. Die großen Möglichkeiten, die sich unserer Stadt durch die Schaffung des Siemens-Campus bieten, werden immer konkreter. Aber auch der Ausbau des Wissenschafts- und Medizinstandorts schreitet voran. Nach langem Ringen wurde mit dem Bau des Max-Planck-Zentrums für Physik und Medizin an der Schwabachanlage begonnen. Dank der breiten Diskussion in unserer Stadtgesellschaft entsteht hier nicht nur ein weltweit beachteter Leuchtturm für die Medizinforschung, sondern auch ein würdiger Gedenkort für die Opfer der NS-Euthanasie. Und wir können unsere Investitionen in eine lebenswerte Stadt fortsetzen. Beispielhaft genannt sei hier das künftige Bürger-, Begegnungs- und Gesundheitszentrum im Stadtosten, wo die Arbeiten an der

künftigen Gerd-Lohwasser-Halle zügig voranschreiten und nun auch der Grundstein für das dringend benötigte Familienzentrum gelegt wurde.

Anrede,

ja, wir sollten den Blick für die vielen positiven Entwicklungen nicht verlieren, denn sie können in einem Jahr wie diesem Hoffnung geben. Und dennoch wäre es unpassend, hier nur die großen, ermutigenden Linien zu ziehen.

Viele Menschen sind gerade in der Pandemie in Sorge um die, die ihnen nahestehen. Entweder, weil sie zu Risikogruppen gehören, weil sie schwer erkrankt sind, oder weil sie sich in Kliniken und Pflegeeinrichtungen bis zur Erschöpfung aufarbeiten. In vielen Wirtschaftszweigen bangen Menschen um ihre Existenz. Das Ladensterben in unserer Innenstadt hat sich durch die Pandemie weiter verstärkt. Die Gastronomie, die aus einer Studentenstadt wie Erlangen nicht wegzudenken ist, muss monatelange Schließungen verkraften. Und nicht zuletzt ist der Kulturbereich massiv betroffen: Denn ohne Festivals, Ausstellungen und Theatervorführungen brechen vielen Kulturschaffenden alle Möglichkeiten weg, aufzutreten und ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern. Auch hier können wir die Auswirkungen noch gar nicht absehen. Und hier spüren wir die Veränderungen in unserer Stadt: Denn Theateraufführungen, Konzerte, Feste und vieles mehr machen unsere Stadt so

lebenswert. Und wir merken schon jetzt, wie sehr das alles fehlt.

Und jeder von uns hier im Raum weiß, wie schwer sich Kinder mit den Kontaktbeschränkungen tun. Noch ist in keiner Weise absehbar, welche Folgen die Lockdowns im Frühjahr und jetzt für die Bildungsbiographien aber auch die Psyche vieler Kinder und Jugendlicher haben. Nicht zu vergessen ist auch die Gefahr von vermehrter Gewalt in Familien.

An dieser Stelle muss aber auch gesagt werden: Die Beschränkungen sind der einzige uns bekannte Weg, die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Wir erleben gerade auch in unseren Krankenhäusern dramatische Situationen und es ist unerlässlich, dass jeder einzelne alles tut, um Kontakte zu vermeiden und Menschen nicht zu gefährden. Wir alle leben gerne in einem Staat, der Menschen Freiheiten lässt. Jetzt ist es Zeit, dass wir zeigen: Wir können als mündige Bürger*innen damit umgehen. Wir dürfen nicht fragen, wie wir Lücken in Regelungen finden können, um sie so weit wie möglich auszunutzen. Vielmehr müssen wir alle den Sinn der Regelungen leben!

Anrede,

die Jahresschlussrede ist eigentlich der Zeitpunkt, eine rückblickende Bilanz des Jahres zu ziehen. Und es gab durchaus Ereignisse, die das kommunale Jahr 2020 bestimmt

haben: Die Kommunalwahlen mit einer erstmals rein als Briefwahl durchgeführten Stichwahl. Das Ausscheiden des alten und die Konstituierung des neuen Stadtrats. Angesichts der Pandemie treten aber selbst diese großen und wichtigen kommunalen Ereignisse in den Hintergrund.

Für eine Bilanz der Pandemie es noch viel zu früh. Denn auch wenn es große Hoffnungen auf einen Impfstoff gibt, ist die Zeit der Einschränkungen noch lange nicht ausgestanden. Von den langfristigen Folgen für die Gesellschaft, die wir noch gar nicht absehen können, ganz zu schweigen.

Doch zurecht wird von der Politik verlangt, gerade auch in dieser unsicheren Situation ihr Handeln zu reflektieren. Dafür will ich auch meine Rede heute nutzen.

Anrede,

wir erleben gerade einen starken Staat. Noch in den 80er Jahren wurde ein Staat propagiert, der sich immer stärker zurückziehen soll. Doch schon in den Jahren 2008 / 2009 – also lange vor Corona – wurde in der Finanzkrise klar, dass dieses Konzept nicht aufgehen wird und dass es einen Staat braucht, der vielmehr reguliert und stabilisiert.

Die von namhaften Ökonom*innen geäußerte Kritik an Sparprogrammen und am Rückzug des Staates bestätigt sich gerade auf traurige Weise. Auch in Europa sehen wir, welche katastrophalen Folgen es hat, wenn Staaten sich so weit aus

der Infrastruktur zurückziehen mussten, dass ihnen in Krisensituationen die Mittel fehlen; wenn die Interessen jedes Einzelnen nach vorne gestellt werden und die Suche nach dem Allgemeinwohl in den Hintergrund tritt. Der Soziologe Paul Reckwitz spricht davon, dass die Krisenzeit eine Chance sein kann, einen resilienten Staat zu schaffen. Er meint damit einen Staat, der Vorsorge für verschiedene Gefährdungen trifft und präventiv versucht, dass diese gar nicht erst eintreten. Einen Staat, der somit auch die Möglichkeiten entwickelt, Krisen gut zu bewältigen. Gelingt dies nicht, bestehe die Gefahr, dass autoritäre Staatsformen entstehen. Staatsformen also, in denen demokratische Prozesse außer Kraft treten. Staaten, die ihre Stärke auf eine Weise zeigen, wie wir sie uns für eine freiheitlich demokratische Grundordnung nicht vorstellen können. Und dass dies kein akademisches Schreckensszenario ist, mussten und müssen wir leider jeden Tag erleben: Wenn wir nach China blicken oder auch in europäische Nachbarländer wie Ungarn oder Polen. Und auch für die USA ist es trotz des erfreulichen Ausgangs der Präsidentschaftswahlen noch völlig offen, wie sich die erschreckende Veränderung dieser Demokratie in den letzten Jahren wieder rückgängig machen lässt.

Anders, als in vielen Staaten auf der Welt, sind wir in Deutschland auch in dieser Krise weit von einem autoritären Staat entfernt. Doch Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach

wiederholt richtig von der „demokratischen Zumutung“, die wir gerade erleben.

Anrede,

Politiker*innen müssen gerade in Unsicherheit und Ungewissheit handeln. Und trotzdem müssen sie in kürzester Zeit weitreichende Entscheidungen treffen. Das, was unsere demokratische Verwaltung so ausmacht, tritt dabei allzu oft in den Hintergrund: Das Abwägen und das Reflektieren. Es geht stattdessen vor allem ums bloße Funktionieren. Diesen Druck spüre ich auch ganz persönlich. „Funktionieren“ in Ungewissheit müssen gerade aber auch viele Berufsgruppen: Die unersetzlichen Pflegekräfte, ohne die unser Gesundheitssystem längst zusammengebrochen wäre. Oder auch die Erzieher*innen, die den Familien den Rücken freihalten und sich jeden Tag einem hohen Ansteckungsrisiko aussetzen.

Die Wissenschaft gerät in eine völlig neue Rolle: Noch nie war der Rat von Expert*innen öffentlich so gefragt. Noch nie war das Interesse an wissenschaftlicher Erkenntnis so groß. Und noch nie war die Erkenntnis so deutlich wie heute: Die im Erbe der Aufklärung stehende Wissenschaft hat nicht den Anspruch, unumstößliche Wahrheiten zu verkünden. Sie arbeitet Wahrscheinlichkeiten heraus und wägt diese ab, sie hinterfragt

alle Erkenntnis ständig und sie irrt sich auch – und macht das transparent.

In einer Welt, in der wir gewohnt waren, vom Urlaub für das gesamte Jahr bis hin zum Kinderwunsch nahezu alles zu planen, ist das eine sehr schmerzhaftes Erkenntnis. Und ein Teil der Proteste der Corona-Leugner*innen ist sicher aus der Suche nach Sicherheit und unumstößlichen Wahrheiten zu erklären. Doch gerade das transparente Ringen um Erkenntnis zu einer noch immer sehr unbekanntes Krankheit und das stetige Prüfen und konstruktive Hinterfragen von Maßnahmen und ihre Anpassung an neue Erkenntnisse, können eine große Chance für Demokratie sein.

Anrede,

trotz aller Kritik, die man an einzelnen Maßnahmen oder vielleicht auch handwerklichen Fehlern äußern kann: Das Handeln des Staates hat uns in Deutschland bisher vor verheerenden Bildern wie in anderen europäischen Ländern bewahrt. Und wir alle hoffen, dass die nun ergriffenen Maßnahmen genügen und dass die Situation sich nicht weiter verschlechtert.

Und trotz der angespannten Situation ist die Kritik des bekannten SZ-Journalisten Heribert Prantl nicht von der Hand zu weisen, dass aus der Stunde der Exekutive nun schon acht Monate geworden sind. Deshalb ist es unerlässlich, das

Handeln der Exekutive, diesen Modus des „bloßen Funktionierens“ kritisch zu hinterfragen. Denn tatsächlich fehlt bei aller Lautstärke der Debatte um die Corona-Maßnahmen ein stärkeres Ringen darum, wie man die Notwendigkeit exekutiven Handelns mit demokratischer Transparenz und Verantwortung des Einzelnen verbinden kann. Und die Reform des Infektionsschutzgesetzes kann dabei nur der Anfang gewesen sein. Ja, wir brauchen eine handlungsfähige Exekutive. Und dennoch müssen wir in jeder Situation auch selbstkritisch prüfen und hinterfragen, wie die Parlamente noch besser eingebunden werden können. Denn die Prüfung von Verhältnismäßigkeit oder das Einfordern von nachvollziehbaren Begründungen aller Maßnahmen nur den Gerichten zu überlassen, schadet auf Dauer unserem demokratischen Gemeinwesen. Und darüber hinaus müssen wir uns Fragen: Wie und wann kommen wir aus diesem Modus des „bloßen Funktionierens“ wieder heraus? Und wie verhindern wir, dass dieses Handeln auch auf andere Politikfelder übergreift?

Anrede,

die Corona-Krise kann unser Bild auf die Rolle des Staates verändern. Denn trotz aller Ungewissheiten sehen wir, wie wichtig und auch wirkungsvoll das vereinte Handeln von vielen Staaten, von Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft in der

Krise sein kann. Sie ändert aber auch den Blick auf unsere Gesellschaft.

„Das Virus spaltet“ war eine der prägnanten Aussagen, die uns die Bürger*innen bei der vom Bürgermeister- und Presseamt durchgeführten Befragungsaktion „Storybox Corona“ im Frühjahr mitgaben. So plakativ die Aussage ist, so sehr muss sie doch eingeordnet werden. Denn nicht das Virus spaltet, sondern die Pandemie verschärft die Spaltungen, die schon lange vorhanden waren. Und tatsächlich waren die Bruchstellen in unserer Gesellschaft noch nie so offensichtlich, wie in diesem Jahr. Auf der einen Seite sind die Menschen, die Staat und Medien ihr Vertrauen verweigern. Es sind darunter bestimmt viele Menschen, die aus nachvollziehbaren existenziellen Sorgen nicht mehr bereit sind, ihre eigenen Interessen zurückzustellen. Es sind aber auch viele Menschen dabei, die das jahrelang propagierte Motto „Unterm Strich zähl' ich“ so sehr verinnerlicht haben, dass sie nicht mehr zu solidarischem Handeln in der Lage sind. Unter den Protestierenden sind aber auch viele Rechtsextreme, die nun ihre Chance wittern, Misstrauen gegen unseren demokratischen Staat bis in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. In den Medien – den klassischen aber besonders auch den sozialen Medien – finden diese Gruppen einen enormen Resonanzboden. Doch auf der anderen Seite gibt es eine – wenn man Umfragen Glauben schenkt – schweigende große Mehrheit, die bereit ist, eigene

Wünsche und Interessen dem Allgemeinwohl unterzuordnen. Die seit Monaten bereit ist, durch ihr tägliches Handeln Solidarität zu zeigen. Die Verhaltensweisen ändert und dabei auch den Mut hat, neues auszuprobieren. Ich denke hier etwa an die vielen Initiativen zur Nachbarschaftshilfe oder auch an den überaus erfolgreichen Aufruf der Bürgerstiftung, an den Corona-Nothilfefonds zu spenden.

Der alte Begriff der Solidarität war noch nie so präsent und greifbar wie in dieser Zeit: Immer mehr Menschen verstehen, dass es notwendig ist, das eigene Handeln zu ändern und eigene Interessen auf oft schmerzhaft Weise zurückzustellen, um die Gemeinschaft zu schützen.

Anrede,

seit gestern ist unser Impfzentrum betriebsbereit. Alle Zeichen deuten darauf hin, dass wir um den Jahreswechsel mit den ersten Impfungen beginnen können. Wir müssen aber auch ehrlich sein: Die Zeit der Einschränkungen ist damit noch lange nicht vorbei. Doch wir dürfen alle guter Hoffnung sein, dass die Pandemie zu bewältigen ist. Aber selbst wenn es gelingt, die Pandemie im kommenden Jahr in den Griff zu bekommen, die Folgen werden uns noch weitaus länger beschäftigen.

Wie anders ist hingegen das Bild, das beim Blick auf die Klimakatastrophe entsteht: Die Erkenntnisse der Wissenschaft sind hier ungleich größer, werden aber immer noch von zu

vielen ignoriert oder nicht in konsequentes Handeln umgesetzt. Die Süddeutsche Zeitung konstatierte unlängst, dass wir uns in Sachen Klimakrise kollektiv ganz ähnlich wie die Coronaleugner*innen verhalten. Der Mut, Unbequemes auszusprechen und einschneidende Änderungen im Verhalten jedes Einzelnen zu fordern, fehlt ebenso wie die Bereitschaft jeder und jedes Einzelnen, sein Handeln zu ändern. Doch die Folgen des Klimawandels werden ungleich dramatischer sein, als wir sie jetzt in der Pandemie erleben. Wir merken schon jetzt, wie schwer die Bekämpfung einer Pandemie mit demokratischen Prozessen in Einklang zu bringen ist. Doch in der Klimakrise begeben wir uns sehenden Auges in eine viel schwierigere Situation. Denn die Demokratie gerät von drei Seiten unter Druck: Erstens durch diejenigen, die den Klimawandel leugnen und damit jeden dringend notwendigen Schritt in Frage stellen – Präsident Trump ist hier das prominenteste Beispiel. Zweitens aber auch denjenigen, die Beteiligung fordern und zugleich jeden Schritt und Kompromiss als zu klein benoten, müssen wir die Frage stellen, wie wir die Menschen sonst mitnehmen können. Drittens schließlich nähern wir uns mit dem Fortschreiten des Klimawandels einer Situation, in der keine Zeit mehr für demokratische Prozesse bleibt, es also nur noch ums „bloße Funktionieren“ geht - ähnlich wie grade in der Pandemie.

Schon in der Pandemie sehen wir, dass nur das gemeinsame Handeln aller Staaten Erfolg verspricht. Würden Impfstoffe nur für Industriestaaten zur Verfügung stehen, wäre die Pandemie nicht in den Griff zu bekommen. Beim Klimawandel wird diese Erkenntnis noch immer nicht konsequent in internationales Handeln umgesetzt. Wenn wir die Krise noch beherrschen wollen, brauchen wir rasche, mutige und weitreichende Antworten auf die existenzielle Bedrohung durch den Klimawandel. Nur wenn alle politischen Ebenen vernetzt und beherzt handeln, kann es gelingen die zentralen Spielregeln, die Grundlagen unseres demokratischen und sozialen Staates, nicht außer Kraft zu setzen. Der Europäischen Union muss dabei eine ganz zentrale Rolle zukommen.

Anrede,

egal, ob wir die Pandemie oder den Klimawandel betrachten: Die Handlungsmöglichkeiten von Kommunen sind begrenzt. Und dennoch zeigt sich ein großer Unterschied: In der Pandemie agieren wir als Teil eines aktiven Staates. Wir setzen die Pandemiebekämpfung vor Ort konsequent um: Ob die Impfkampagne ihr Ziel erreichen wird, ob das Testwesen funktioniert oder ob die zielgerichtete Verteilung von Schutzmaterialien gelingt, entscheidet sich vor Ort. Und nicht zuletzt tragen die Kommunen auch einen ganz wesentlichen Anteil, eine möglichst hohe Akzeptanz der Maßnahmen zu

erreichen und möglichst viele Menschen zum solidarischen Handeln zu bewegen. Und nicht zuletzt können wir vor Ort dort unterstützen, wo staatliche Maßnahmen nicht ausreichen, indem wir Händler*innen, Gastronom*innen, Kulturschaffenden oder auch Vereinen ganz konkret helfen.

Ebenso haben wir uns bei der Bekämpfung des Klimanotstands große Ziele gesteckt: Wir haben eine Studie in Auftrag gegeben, die aufzeigen soll, wie die gesamte Stadtgesellschaft einen Beitrag gegen den globalen Temperaturanstieg leisten kann. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, vor 2030 klimaneutral zu sein. Dazu haben wir in der letzten Stadtratssitzung bereits 52 Sofortmaßnahmen auf den Weg gebracht. Darunter sind konkrete und weitreichende Maßnahmen wie zum Beispiel die Versorgung aller Erlanger*innen mit Ökostrom der Erlanger Stadtwerke. Und dennoch stehen solche Maßnahmen allein. Anders als in der Pandemie fehlt hier der dringend notwendige Mut zur konsequenten Vernetzung aller staatlichen und politischen Ebenen.

Anrede,

Pandemie und Klimawandel sind große Herausforderungen für Staat und Gesellschaft. Bei beiden Themen können wir in Erlangen auf das Engagement so vieler Menschen bauen – im Beruf und im Ehrenamt. Dafür möchte ich an dieser Stelle danken. Es macht Mut und Freude, eine solche Stadt mit

solchen Menschen als Oberbürgermeister gestalten zu dürfen. Mein ganz besonderer Dank gilt in diesem Jahr den Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung. Die ambitionierten Ziele im Klimaschutz, vor allem aber die Bekämpfung der Pandemie stellt alle vor große Herausforderungen und bedeutet für viele der Kolleg*innen eine große zusätzliche Belastung. Ich möchte es ganz offen sagen: Ich muss gerade viel zu oft kurzfristige Entscheidungen treffen, bei denen Mitarbeiter*innen in erster Linie als Ressource betrachtet werden müssen. Und ich weiß, dass ich in der Pandemie viele Entscheidungen verantwortete, die den Mitarbeiter*innen viel zumuten. Wenn es heißt, dass man ab morgen ein Impfzentrum aufbauen oder am Contact-Tracing mitwirken muss, dann verändert sich der Berufsalltag von einem Tag auf den anderen. Und es ist beeindruckend, wie sorgfältig, zuverlässig, motiviert und kreativ unsere Mitarbeiter*innen diese Herausforderungen angehen. Ebenso möchte ich den beiden ehemaligen Bürgermeisterinnen Susanne Lender-Cassens und Elisabeth Preuß sowie jetzt Bürgermeister Jörg Volleth und dem gesamten Referentenkollegium für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in dieser anspruchsvollen Zeit danken. Nicht zuletzt gilt Ihnen, den Mitgliedern des Stadtrates, mein Dank dafür, dass Sie auch in diesen schwierigen Zeiten nicht nachlassen mit Ihrem Engagement.

Anrede,

das Jahr 2020 endet mit tiefen Widersprüchen. Wir erleben die Grenzen der Demokratie in der Krise und zugleich eine Politisierung wie seit langem nicht. Und wir erfahren, wie wichtig das Handeln jeder und jedes Einzelnen ist, wenn es darum geht, Solidarität zu zeigen. Ja, viele Diskussionen sind anstrengend. Sie erzeugen Reibung. Doch sie bieten auch die Chance, schwierige Zusammenhänge transparent zu erklären, politisches und staatliches Handeln zu erklären, zu hinterfragen und zu verbessern. Und damit entsteht auch ein Potenzial, das wir für die vor uns stehenden Herausforderungen nutzen können. Dennoch sehen wir gerade in dieser schwierigen Zeit, wie wichtig unser Handeln vor Ort ist und dass es sich lohnt, sich einzubringen. Das kann uns Mut machen, gerade auch, weil wir wissen, dass vor uns noch eine schwere Zeit steht. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein erholsames Weihnachtsfest und einen ruhigen Jahreswechsel. Und in diesem Jahr wichtiger denn je: Bleiben Sie gesund!